WP-05 Ein Land der Freiheit, Sicherheit und Erneuerung

Gremium:	Landesvorstand NRW
Beschlussdatum:	01.10.2026
Tagesordnungspunkt:	4. Programm zur Landtagswahl 2027

Antragstext

Wir wollen einen Staat, der für die Menschen da ist und dabei einfach funktioniert. Es ist kein Naturgesetz, dass der Kontakt mit Ämtern und Behörden oft müßig ist. Wir wollen, dass der Staat mit digitalen Diensten und einer offenen, nahbaren Kommunikation schnell, gut und hilfreich funktioniert. Wir denken nicht von der Akte her, sondern vom Menschen.

Wir wollen, dass der Staat für Menschen Probleme löst und keine neuen schafft. Da wo Verwaltungsstrukturen zu kompliziert und zu träge geworden sind, werden wir sie effizienter und schlanker machen. Wir bauen bürokratische Vorgaben ab, wo sie nicht benötigt werden.

Unser Staat muss handlungsfähig sein. Dazu gehören die digitale Unabhängigkeit von anderen Staaten und eine klare Haltung zu KI: Wir nutzen sie, wo es sinnvoll ist, machen aber gleichzeitig klar, dass wir die Regeln bestimmen. Zu einem handlungsfähigen Staat gehören auch finanziell besser ausgestattete Kommunen, damit es auch in Zukunft Schwimmbäder, Bibliotheken und gute Schulgebäude vor Ort gibt. Das stärkt den Zusammenhalt und ist die beste Prävention gegen Extremismus und Gewalt.

Gegenüber jenen, die unsere Gesellschaft und genau diesen Zusammenhalt aber angreifen, braucht es einen starken Staat; eine professionelle Polizei und eine handlungsfähige Justiz. Gegenüber den Feinden der Demokratie und unserer liberalen Gesellschaft werden wir Zähne zeigen, ob im Aus- oder im Inland.

Wir wollen einen modernen Staat; einen, der bei den Alltagsproblemen hilft, bei der Transformation unterstützt und uns als vielfältige Gesellschaft stark macht. Einen Staat, der Freiheit schützt, Sicherheit gewährleistet und Erneuerung möglich macht. Wir wissen, wie das geht, weil wir es unter anderem seit fast fünf Jahren in der Landesregierung tun. Ob Energiekrise, oder Pandemie oder die Folgen der Hochwasserkatastrophe, wir haben Verantwortung übernommen und NRW erfolgreich durch Krisen geführt. Wir machen Politik mit klarem Kopf und ohne die Menschen allein zu lassen. Diese Erfahrung nehmen wir mit in die nächsten Jahre: für alle 18 Millionen Menschen in diesem Land, entlastend und immer mit dem Ziel, dass sich Vertrauen in den Staat aus echten Erfahrungen speist.

Ein moderner Staat ist für uns die Grundlage dafür, dass wir als Gesellschaft zusammenhalten, wenn es darauf ankommt – heute und in Zukunft. Diesen Weg gehen wir weiter: anpackend, ehrlich und mit der Zuversicht, dass NRW jeden Tag ein Stück besser werden kann.

Wir machen Verwaltung digital und einfach

Digitale Dienste, die alle erreichen

Personalausweis verlängern, Auto ummelden, Gewerbe anmelden: Noch immer bedeutet das für viele Menschen in NRW Behördengang, Wartenummer und Papierkram. Wir wollen, dass das auch per Swipe zu Hause am Küchentisch geht. Wir wollen digitale Dienste für Bürger*innen und Unternehmen ausbauen. Das reduziert Verwaltungsgänge, macht sie effizienter und spart Kosten. Durch Digitalisierung machen wir unsere Verwaltung zu einer Ermöglichungsverwaltung, die die Angebote zu den Menschen und Unternehmen bringt: Bei bereits vorliegenden Daten sollen Leistungen und ein Datenaustausch zwischen unterschiedlichen Behörden automatisch angeboten werden.

Digitale Verwaltung darf niemanden zurücklassen. Unser Ziel sind barrierefreie und mehrsprachige digitale Dienste, die wirklich alle Bevölkerungsgruppen nutzen können. Für alle diejenigen, die sie brauchen, bleibt daneben selbstverständlich eine persönliche Beratung vor Ort bestehen. Auch digitale Beteiligungs- und Debattenräume zwischen Bürger*innen und Staat müssen diesen Standards entsprechen.

Für Standardaufgaben der Verwaltung schaffen wir gemeinsame digitale Lösungen, die landesweit genutzt werden können. Nicht jede der 396 Kommunen in NRW soll für die gleichen Aufgaben eigene Lösungen entwickeln oder beschaffen müssen. Stattdessen setzen wir auf gemeinsame, offene Systeme, die einen sicheren und automatisierten Datenaustausch ermöglichen. So können Daten zwischen den zuständigen Stellen fließen und Verfahren vom ersten Kontakt der Bürger*innen bis zum fertigen Bescheid medienbruchfrei digital bearbeitet werden. Das spart Personal- und Sachkosten, entlastet insbesondere kleinere Kommunen und ermöglicht Bürger*innen, ihre Anliegen digital, einfach, unabhängig und jederzeit vom Wohnort aus zu erledigen. Die kommunalen IT-Dienstleistungen stärken wir als regionale Ansprechpartner*innen und organisieren ihre Zusammenarbeit stärker arbeitsteilig und standardisiert.

Darauf aufbauend ermöglichen wir Bürger*innen einen einheitlichen Verwaltungszugang. Niemand soll sich mehr fragen, welche App oder Website für den Behördengang gebraucht wird, weil es eine einheitliche Deutschland-App gibt. In Kooperation mit den anderen Ländern und dem Bund wollen wir dafür sorgen, dass häufig genutzte und weitgehend einheitlich geregelte Leistungen wie Personalausweis, Kfz-Zulassung, Wohnsitzan- und -ummeldung oder Gewerbeanmeldung in Hamm und Hannover gleichermaßen funktionieren und an derselben Stelle digital zugänglich sind. Wir setzen dabei auf Kooperation unter den Ländern, unterstützen andere Länder aktiv in ihren Entwicklungen, passen ggf. eigene Verwaltungsprozesse und Lösungen an, um die Nachnutzung aus anderen Ländern zu beschleunigen, und verzichten dabei konsequent auf teure Doppellösungen aus NRW.

Die digitale Umsetzung von Gesetzen ist komplex. Deshalb möchten wir prüfen, ob innovative Ansätze, wie ein Pilotprojekt „Law as Code", also die zusätzliche maschinenlesbare Abbildung gesetzlicher Regelungen, die digitale Umsetzung von Gesetzen erleichtern können.

Für viele Bereiche haben wir die Genehmigungsverfahren schon beschleunigt, nun wollen wir sie weiter vereinfachen. Nach dem Vorbild des Projekts „Gründen in 24

Stunden", wollen wir für ausgewählte Vorhaben digitale Genehmigungsverfahren aus einer Hand erproben: Ein Antrag, eine Stelle, die alle beteiligten Fachbehörden intern koordiniert. Verbindliche Bearbeitungsfristen mit echter Genehmigungsfiktion sorgen dafür, dass die Fachbehörde in angemessenem Zeitraum liefern muss. Förderprogramme nützen nur, wenn man sie findet. Deshalb ergänzen wir das Förderportal „Nordrhein-Westfalen fördert“ um eine KI-gestützte Lotsenfunktion, die passende Programme automatisch vorschlägt und verständlich erklärt.

Digitale Infrastruktur: flächendeckend

Schnelles Internet gehört heute einfach zum Alltag: Es ermöglicht Homeoffice auf dem Land, Videosprechstunden bei der Ärztin, digitalen Unterricht in der Schule und moderne Produktion im Betrieb. Wir haben den Glasfaser- und Mobilfunkausbau in NRW spürbar vorangetrieben und setzen diesen Kurs fort. Unser Ziel bleibt: flächendeckend Glasfaser und 5G bis Ende des Jahrzehnts, damit die Gleichwertigkeit von Stadt und ländlichem Raum keine Frage der Internetverbindung mehr ist. Das Kompetenzzentrum “Gigabit.NRW” und die geförderten Gigabit- und Mobilfunkkoordinator*innen in den Kreisen unterstützen die Kommunen dabei weiterhin. Mit dem Breitband-Portal können Genehmigungsverfahren für den Breitbandausbau bereits digital abgewickelt werden. Wir wollen seine Nutzung in NRW weiter voranbringen und dafür sorgen, dass die Verfahren beim Ausbau digitaler Infrastruktur möglichst einfach, standardisiert und medienbruchfrei ablaufen. Wo noch kein Glasfaserkabel liegt, schließt Mobilfunk die Lücke.

Digitale Souveränität: raus aus der Abhängigkeit

Digitale Souveränität bedeutet für uns, selbst über die digitale Zukunft Nordrhein-Westfalens entscheiden zu können. Deshalb reduzieren wir einseitige Abhängigkeiten von außereuropäischen Anbietern und setzen beim Ausbau der Landes-IT konsequent auf offene Standards, offene Schnittstellen und Open-Source-Software. Öffentlich finanzierte Software soll grundsätzlich als Open Source veröffentlicht und von anderen Behörden nachgenutzt werden können. Den Wandel gestalten wir gemeinsam mit den Beschäftigten und ihren Personalvertretungen. Wir verfolgen einen Derisking-Ansatz: Nicht Autarkie ist das Ziel, sondern die Fähigkeit, technische Entscheidungen selbstbestimmt treffen und Anbieter wechseln zu können. Wo Cloud-Lösungen eingesetzt werden, setzen wir auf den Aufbau und die Nutzung leistungsfähiger öffentlicher, beziehungsweise in öffentlicher Verantwortung betriebener Rechenzentren. So stärken wir Sicherheit, Resilienz und die digitale Handlungsfähigkeit des Landes und seiner Kommunen.

Beim Zahlungsverkehr lösen wir uns weiter schrittweise von teuren außereuropäischen Anbietern: Wir stärken die europäische Souveränität und wollen digitale Zahlweg-Alternativen für Landes- und kommunale Dienstleistungen anbieten. So halten wir Steuergeld im europäischen Wirtschaftsraum. Daten und Infrastruktur der NRW-Verwaltung sichern wir unter europäischer Kontrolle, ohne Risiken durch den US-Cloud-Act. Das Vergaberecht wird für uns zum Hebel: Wer Software beschafft, schaut nicht nur auf den Preis, sondern auch auf

Souveränität und Resilienz. So machen wir uns unabhängig von Tech-Oligarchen und stärken den Wirtschaftsstandort NRW.

Cybersicherheit als gemeinsame Aufgabe

Mit unserem Informationssicherheitsgesetz haben wir die Grundlage für eine moderne Cybersicherheitsarchitektur geschaffen. Künftig wollen wir auch die Kommunen systematisch einbeziehen und sie bei der Umsetzung von Sicherheitsmaßnahmen finanziell, organisatorisch und fachlich unterstützen. Denn Cybersicherheit darf nicht von der Größe einer Kommune abhängen. Wir schaffen eine widerstandsfähige digitale Infrastruktur, die den realen Bedrohungen unserer Zeit gewachsen ist. Angriffe auf die digitale Infrastruktur müssen regelmäßig geübt werden wie Katastrophen- oder Brandschutzlagen. Deshalb etablieren wir verbindliche Cybersicherheitsübungen und stärken die Zusammenarbeit zwischen Land und Kommunen. Gleichzeitig bauen wir ein leistungsfähiges landeseigenes Cyber-Response-Team auf, das Sicherheitsvorfälle erkennt, Kommunen und Behörden im Ernstfall unterstützt und Wissen im gesamten öffentlichen Sektor verfügbar macht.

Über “Digital.Sicher.NRW” wollen wir insbesondere kleine und mittlere Unternehmen dabei beraten und unterstützen, ihre digitale Resilienz auszubauen und zugleich europäische Technologien und Anbieter voranbringen. Oft fehlen hier eigene große IT-Abteilungen, Fachkräfte oder schlicht die Ressourcen, um sich ausreichend abzusichern. Gleichzeitig kann ein erfolgreicher Cyberangriff Produktion und Geschäftsbetrieb lahmlegen und im schlimmsten Fall die Existenz eines Unternehmens bedrohen. Deshalb begreifen wir Cybersicherheit als Teil einer zukunftsfähigen Wirtschaftspolitik. Wir wollen, dass NRW als Vorbild bundesweit vorangeht. Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene für einheitliche, digitaltaugliche Standards ein.

Einen attraktiven öffentlichen Dienst schaffen

Wir wollen einen modernen Staat und brauchen dafür auch attraktive Rahmenbedingungen. Wir haben bereits die rechtlichen Rahmenbedingungen für den öffentlichen Dienst in NRW flexibilisiert und modernisiert. Diesen Weg wollen wir fortführen. Dazu gehören insbesondere der Ausbau von Co-Working-Spaces und faire Rahmenbedingungen für mobiles Arbeiten. Wir setzen uns für behördenübergreifende Weiterbildungsangebote ein, um die Zusammenarbeit zwischen Landesinstitutionen zu fördern und Synergieeffekte zu nutzen. Wir fördern den Wechsel zwischen Privatwirtschaft und öffentlichem Dienst, insbesondere wollen wir die Anerkennung von Abschlüssen und beruflichen Erfahrungen erleichtern. Um die Durchlässigkeit weiter zu verbessern, setzen wir uns für das Recht für alle Beamt*innen ein zwischen individueller und pauschaler Beihilfe zu wählen und wollen die grundsätzliche Höchstaltersgrenze überwinden. Deshalb prüfen wir, wo sie erhöht oder gelockert werden kann.

Wir haushalten verantwortungsvoll für die Zukunft

Ein Haushalt, der Zukunft ermöglicht

Politik muss ehrlich sein, auch wenn es unbequem ist. Wir wissen: Angesichts der angespannten Haushaltslage werden Einsparungen auch in den kommenden Jahren notwendig sein. Dabei setzen wir klare Prioritäten und schützen, was für die Zukunft unseres Landes und den gesellschaftlichen Zusammenhalt besonders wichtig ist. Gleichzeitig heben wir Effizienzpotenziale und bauen unnötige Strukturen und Bürokratie ab. Eine starke Wirtschaft und neues Wachstum schaffen Arbeitsplätze und Wohlstand und stärken gleichzeitig langfristig auch die finanzielle Basis unseres Landes. So sichern wir dauerhaft die finanzielle Handlungsfähigkeit unseres Landes, ohne die Zukunft kaputt zu sparen.

Damit Bürger*innen nachvollziehen können, wofür ihr Steuergeld eingesetzt wird, modernisieren wir das Rechnungswesen und wollen die wirkungsorientierte Haushaltssteuerung voranbringen. Wir machen im Landeshaushalt transparent, welchen sozialen, ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeitszielen die Ausgaben des Landes dienen, und entwickeln dieses Nachhaltigkeitstracking konsequent weiter. Effizienzpotenziale wollen wir durch einfachere Verfahren, eine bessere Zusammenarbeit innerhalb der Landesverwaltung und die Bündelung geeigneter Aufgaben heben.

Auch unsere Förderpolitik richten wir stärker auf Wirkung und weniger auf immer neue Programme aus. Nicht für jedes neue politische Ziel braucht es einen neuen Fördertopf mit eigenen Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren. Wir überprüfen alle bestehenden Förderprogramme darauf, ob sie ihre Ziele wirksam und mit möglichst wenig Bürokratie erreichen, bündeln Programme mit ähnlichen Zielen und richten bestehende Instrumente stärker auf neue politische Herausforderungen aus. Wo eine pauschale Finanzierung sinnvoller ist als kleinteilige Einzelförderungen, wollen wir auf Pauschalen umstellen. So reduzieren wir Bürokratie für Förderempfänger*innen und Verwaltung, setzen öffentliche Mittel effizienter ein und schaffen mehr Verlässlichkeit.

Die Arbeit und Wirkung von Landesbeauftragten soll regelmäßig evaluiert werden, um die Wirksamkeit ihrer Tätigkeit zu überprüfen und Weiterentwicklungsbedarfe frühzeitig zu erkennen.

Wir wollen ein einfaches, transparentes und faires Grundsteuermodell für NRW nach dem Vorbild des Bodenwertmodells, wie es Baden-Württemberg bereits etabliert hat, einrichten, mit Zuschnitt auf die Bedürfnisse unseres Landes. Mit Blick auf die nächste Hauptfeststellung 2029 korrigieren wir die Messzahlen, damit Wohnen bezahlbar bleibt.

Finanz- und Haushaltskontrolle schaffen Vertrauen in den Staat. Wir versetzen Landtag und Landesrechnungshof stärker in die Lage, auch die finanziellen Auswirkungen von Gesetzesvorhaben im Blick zu behalten.

Gemeindefinanzierung verlässlich aufstellen

Wir sichern die Gemeindefinanzierung dauerhaft und geben den Kommunen mehr Geld für ihre gestiegenen Aufgaben, indem wir den Verbundsatz im

Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) weiter schrittweise anheben. Tempo und Umfang der weiteren Umsetzung richten wir nach der allgemeinen Steuerentwicklung – je besser sie verläuft, desto schneller gehen wir voran. Das verbessert unmittelbar die Finanzlage der Kommunen und erleichtert die Finanzierung sowohl pflichtiger als auch freiwilliger Leistungen in Bildung, Sozialem, Kultur und Sport sowie kommunaler Investitionen.

Wir entwickeln das GFG hin zu einer bedarfsgerechteren, wissenschaftlich fundierten Finanzverteilung, die vor allem für kleinere Gemeinden besser planbar ist. Dies tun wir zulasten pauschaler Zuweisungen wie der Aufwands- und Unterhaltungspauschale und ergänzen es um einen Mechanismus zur mehrjährigen Stabilisierung der Finanzkraftbetrachtung.

Kommunen entlasten

NRW hat mit seiner Altschuldenlösung und der Übernahme von fast neun Milliarden Euro kommunaler Altschulden bereits einen historischen Schritt zur Entlastung überschuldeter Kommunen gemacht. Damit geben wir insbesondere den Städten und Gemeinden wieder mehr finanziellen Handlungsspielraum, die über Jahrzehnte hohe Liquiditätskredite aufnehmen mussten, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. Denn hohe Altschulden und die damit verbundenen Zinslasten nehmen Kommunen das Geld, das sie für Investitionen in Schulen und Kitas, Straßen und Brücken, sozialen Zusammenhalt, Klimaschutz, Kultur und Sport dringend brauchen. Die Bundesregierung muss jetzt endlich ihr langjähriges Versprechen einer umfassenden Altschuldenlösung einlösen und ihren Teil zur Entlastung der Kommunen beitragen. Die bislang vorgesehene Beteiligung des Bundes reicht dafür nicht aus und ist zudem nur bis 2029 vorgesehen. Wir erwarten, dass der Bund gemeinsam mit den Ländern eine tragfähige Lösung schafft, die besonders hoch verschuldete Kommunen dauerhaft von ihren übermäßigen Altschulden befreit und ihnen damit einen echten finanziellen Neustart ermöglicht. Zugleich müssen Bund und Land für eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung der Kommunen sorgen, damit nicht neue Altschulden entstehen.

Die Eingliederungshilfe ist eine der am schnellsten wachsenden kommunalen Transferleistungen und trägt erheblich zur strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen bei. Die Eingliederungshilfe ist für die Kommunen mit erheblichen und weiter steigenden Kosten verbunden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass der Bund sich dauerhaft und verlässlich an ihrer Finanzierung beteiligt und die Kommunen strukturell entlastet.

Wir stehen zum verfassungsrechtlichen Prinzip der Veranlassungskonnexität in NRW und gleichen Mehrbelastungen der Kommunen durch Landesgesetze weiterhin finanziell aus. Das Konnexitätsprinzip muss endlich auch für den Bund verbindlich gelten. Dafür setzen wir uns mit einer Grundgesetzänderung ein.

Wir entwickeln die Kommunale Haushaltsverordnung (KomHVO) weiter, um nachhaltige Investitionen in Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz, CO2-Reduktion und soziale Standards gezielt zu fördern und die Nutzung klimaschädlicher Technologien zeitlich stärker zu begrenzen.

Mit dem Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur haben wir in der Landesregierung das größte Infrastruktur- und Investitionsprogramm in der Geschichte unseres Landes auf den Weg gebracht. Den Kommunen stellen wir daraus

zehn Milliarden Euro für Investitionen pauschal zur Verfügung mit einem besonderen Schwerpunkt auf Kitas, Schulen und Ganztag sowie der Sanierung kommunaler Gebäude und dem Klimaschutz. Damit schaffen wir langfristige Planungssicherheit und ermöglichen den Kommunen, innerhalb breiter Investitionsbereiche selbst zu entscheiden, was vor Ort gebraucht wird. Die bereitgestellten Mittel wollen wir schnell in konkrete Investitionen umsetzen. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass auch über die Laufzeit des Nordrhein-Westfalen-Plans hinaus dauerhaft ausreichend in die kommunale Infrastruktur investiert wird, damit kein neuer Investitionsstau entsteht.

Wir reduzieren aufwendige Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren, entlasten die Verwaltungen in Land und Kommunen und sorgen dafür, dass Fördermittel schneller vor Ort ankommen, indem wir Programme grundsätzlich pauschalisieren und nur im Ausnahmefall Einzelförderungen vornehmen. Zugleich stärken wir so die kommunale Selbstverwaltung und geben Städten und Gemeinden mehr Planungssicherheit und Handlungsspielraum, weil sie selbst am besten wissen, welche Investitionen vor Ort notwendig sind. Davon profitieren insbesondere kleinere und finanzschwächere Kommunen, denen häufig die personellen Ressourcen fehlen, um aufwändige Förderprogramme zu beantragen und abzuwickeln.

Wir überprüfen, wo eine Zentralisierung beim Land Synergien ergibt, beispielsweise bei kommunalen Pflichtaufgaben nach Weisung mit wenig örtlichem Bezug und hohem Digitalisierungspotenzial, etwa Wohngeld, Elterngeld und Hilfen zur Pflege. Aufgaben mit deutlichem Ortsbezug oder eigenem Ermessensspielraum wie Bauleitplanung oder Kita-Planung bleiben im Sinne der Subsidiarität ausdrücklich bei den Kommunen.

Nachhaltig investieren

Das Erfolgsrezept der Nachhaltigkeitsanleihen des Landes bauen wir aus, damit privates Kapital weiterhin gezielt in nachhaltige Landesprojekte investiert wird. Beim landeseigenen Pensionsfonds haben wir Investitionen in fossile Energieträger und Atomenergie konsequent ausgeschlossen. Diesen Weg wollen wir fortsetzen. Bei den Sparkassen und insbesondere der NRW.BANK setzen wir uns ebenfalls dafür ein, dass sie mit ihren Finanzierungs- und Förderangeboten Mittelstand, Handwerk und Kommunen bei Investitionen in Modernisierung und die klimaneutrale Transformation unterstützen. Das Ziel der klimaneutralen Landesverwaltung bis 2030 verfolgen wir bei Bau und Beschaffung weiter konsequent.

Mit ihrer Beschaffung und ihren Investitionen kann die öffentliche Hand zu Nachhaltigkeit und fairem Handel beitragen und zugleich langfristig Kosten senken. Die Landesverwaltung muss dabei mit gutem Beispiel vorangehen. Wir richten die Vergabeentscheidungen der Landesverwaltung deshalb an verbindlichen sozialen und ökologischen Kriterien aus. Darüber hinaus unterstützen wir die Kommunen im Land bei der Umsetzung einer fairen, nachhaltigen Beschaffung und stärken dafür Beratung und Wissenstransfer.

Wo öffentliche Mittel in Neubau, Ausbau oder Sanierung von Gebäuden und Infrastruktur fließen, denken wir Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz von Anfang an mit. Investitionen sollen dazu beitragen, Energie und Ressourcen zu sparen, Gebäude und Infrastruktur gegen Hitze, Starkregen und andere Folgen der

Klimakrise zu wappnen sowie ihre langfristigen Betriebs- und Folgekosten zu senken. Ein verbindlicher Teil öffentlicher Investitionen in Baumaßnahmen soll in Klimaschutz, Klimafolgenanpassung und Kreislaufwirtschaft fließen. Dieses Prinzip wollen wir auch in bestehenden Förderprogrammen des Landes stärker verankern. Damit nutzen wir die öffentliche Nachfrage gezielt, um innovative, klimafreundliche und zirkuläre Lösungen in die Anwendung zu bringen, ihnen den Weg in den Markt zu erleichtern und ihre Skalierung voranzutreiben. Dabei setzen wir auf wirtschaftliche Lösungen über den gesamten Lebenszyklus hinweg: Was heute sinnvoll investiert wird, spart morgen Energie, Reparaturen und öffentliche Mittel. So verbinden wir die Modernisierung unserer Infrastruktur mit Klimaschutz und einem verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeld.

Europäische Mittel wirksam für NRW einsetzen

Europäische Strukturfördermittel sind für NRW ein zentraler Hebel, um Transformation und Strukturwandel sozial gerecht zu gestalten, bessere Ausbildungs- und Berufschancen zu schaffen und Ressourcen nachhaltig zu nutzen. Der Entwurf für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union sieht jedoch grundlegende strukturelle Veränderungen für die Kohäsionspolitik vor. Wir setzen uns dafür ein, dass die zentrale Rolle der Regionen und ihre Kompetenzen erhalten bleiben, dass wichtige Fonds wie der ESF+ fortbestehen und NRW auch künftig im bisherigen Umfang von den europäischen Strukturfonds profitieren kann, einschließlich tragfähiger Kofinanzierungssätze, die unsere Kommunen nicht überfordern. Die europäischen Strukturfördermittel wollen wir noch zielgerichteter im Sinne der Nachhaltigkeits- und Klimaziele sowie der sozial-ökologischen Transformation einsetzen.

Wir schützen Recht und Freiheit

Justiz personell und digital zukunftsfest machen

Ob ein Rechtsstreit Monate oder Jahre dauert, entscheidet maßgeblich darüber, wie sehr Menschen dem Rechtsstaat vertrauen. Gerichte und Staatsanwaltschaften kämpfen mit Personalmangel, unbesetzten IT-Stellen und einer bevorstehenden Pensionierungswelle, die überdurchschnittlich viele Richter*innen und Staatsanwält*innen betreffen wird. Wir bauen deshalb zusätzliche Stellen auf, damit Verfahren spürbar schneller und Arbeitsbelastungen erträglicher werden.

Wir setzen uns weiterhin für familienfreundliche und flexible Arbeitsstrukturen in der Justiz ein, denn das macht sie als Arbeitgeberin gerade für Eltern attraktiver. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, dass unser Personal diverser wird und die Vielfalt NRWs widerspiegelt. Dabei knüpfen wir an die erfolgreiche Frauenförderung in der Justiz an, stärken die Diversitätsförderung und verankern Rechtsstaatsbildung stärker im Arbeitsalltag der gesamten Justiz.

Künstliche Intelligenz bietet echte Chancen, Gerichte bei Massenverfahren und riesigen Datenmengen spürbar zu entlasten. Für uns gilt dabei ein unverrückbarer Grundsatz: KI ist Assistenz, kein Ersatz für Menschen. Wir nutzen KI, aber KI muss sich an unsere Regeln halten. Ein Algorithmus darf Fakten strukturieren und Daten aufbereiten, urteilen darf er nie. Die Letztentscheidung und die richterliche Unabhängigkeit bleiben ausnahmslos in menschlicher Hand, mit

systematischen Kontrollmechanismen gegen diskriminierende Vorurteile und technische Fehler. Kommen KI-Tools in einem Verfahren zum Einsatz, schaffen wir eine lückenlose Informations- und Dokumentationspflicht und setzen auf souveräne, europäische Modelle. Mit barrierefreien, KI-gestützten Justizlotsen schaffen wir einen einfachen, verständlichen Zugang zum Recht für Bürger*innen.

Resilienztaskforce Justiz: Konsequenter Schutz für unsere Justizbediensteten

Richter*innen, Staatsanwält*innen, Rechtspfleger*innen, Gerichtsvollzieher*innen und Justizbedienstete geraten zunehmend ins Visier zielgerichteter Einschüchterungsversuche von verschiedenen Seiten: Extremistische und demokratiefeindliche Akteure versuchen, die Justizangehörigen in ihrer professionellen Unabhängigkeit zu beeinflussen, sie unter Druck zu setzen oder persönlich zu diskreditieren; sei es durch mediale Anprangerung im Netz oder durch gezielten Druck bis tief ins private Umfeld. Wer unseren Rechtsstaat mutig verteidigt, darf bei solchen Bedrohungen nicht auf sich allein gestellt bleiben. Wir spannen einen landesweiten Schutzschirm über die Mitarbeiter*innen in der Justiz und ihre Unabhängigkeit, indem wir eine zentrale “Resilienztaskforce” im Ministerium der Justiz etablieren.

Justizvollzug: Sicherheit und neue Perspektiven schaffen

Guter Justizvollzug schützt die Gesellschaft – während der Haft und darüber hinaus. Deshalb verbinden wir konsequente Sicherheit mit einem Vollzug, der Menschen dabei unterstützt, nach ihrer Entlassung ohne neue Straftaten zu leben. Dazu fördern wir Behandlung, Therapie, Bildung und Qualifizierung und verbessern die Zusammenarbeit mit der Straffälligenhilfe beim Übergang in Arbeit, Wohnung und ein stabiles Leben. Den offenen Vollzug wollen wir als wichtigen Baustein erfolgreicher Wiedereingliederung erhalten und zugleich besser gegen Missbrauch und Einflussnahme durch organisierte Kriminalität absichern. Aus bekannt gewordenen Sicherheits- und Korruptionsfällen ziehen wir Konsequenzen: Wir stärken Kontrollen und Korruptionsprävention, überprüfen besonders sensible Abläufe und entwickeln die Sicherheitsstandards in unseren Justizvollzugsanstalten kontinuierlich weiter.

Auch die Familien von Inhaftierten nehmen wir stärker in den Blick – insbesondere die Kinder, die von einer Inhaftierung ihrer Eltern besonders betroffen sind. Wir sichern die Landesfachstelle „Netzwerk Kinder von Inhaftierten NRW“ finanziell ab, stärken kind- und familiengerechte Besuchs- und Kontaktmöglichkeiten und erkennen enge soziale Bezugspersonen und Pflegefamilien im Justizvollzug als Familie an. Damit gestalten wir den Justizvollzug und die Justiz insgesamt kind-, jugend- und familiengerechter.

Für einen modernen Vollzug braucht es vor allem die Menschen, die täglich dort arbeiten. Wir wollen mehr Fachkräfte gewinnen, sie langfristig halten und durch zeitgemäße Arbeitsbedingungen entlasten. Zugleich treiben wir die Erneuerung der Justizvollzugsanstalten voran, damit Gebäude und Ausstattung den Anforderungen an Sicherheit, Behandlung und einen modernen Vollzug gerecht werden.

Organisierte Kriminalität wirksam bekämpfen

Unserem Gemeinwesen gehen bundesweit jedes Jahr geschätzt rund 100 Milliarden Euro durch Steuerhinterziehung verloren – Geld, das für Zukunftsinvestitionen fehlt. Wir sagen insbesondere organisierter Kriminalität den Kampf an. Dafür müssen wir die Strukturen zerschlagen und bei Finanzströmen und Geschäftsmodellen ansetzen. Wir haben mit der Gründung des Landesamtes zur Bekämpfung von Finanzkriminalität (LBF) sowie der Zentral- und Ansprechstelle für die Verfolgung von Wirtschafts- und Finanzkriminalität (ZeFin) wirksame Strukturen geschaffen, um die Kompetenzen im Kampf gegen Finanzkriminalität und Geldwäsche zu bündeln. Daran wollen wir anknüpfen und die Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Behörden weiter fördern. Durch interdisziplinäre Teams sollen Polizei, Justiz und Finanzbehörden bei der Verfolgung spürbar schneller zusammenarbeiten. Hierbei ist eine konsequente Vermögensabschöpfung von Vermögen aus dubioser Herkunft ein entscheidender Schlüssel, um Kriminellen das Handwerk zu legen.

Gruppen der organisierten Kriminalität beuten Menschen aus und begehen schwerste Menschenrechtsverletzungen. Sie verstoßen gegen das Schwarzarbeitsgesetz und schmuggeln Menschen, beuten sie aus, insbesondere sexuell, und nutzen sie in ihrer Vulnerabilität brutal aus. Sie handeln über nationale Grenzen hinweg, in Zusammenarbeit mit anderen Staaten, terroristischen Vereinigungen und demokratiefeindlichen Ideologien. Daher verstehen wir den Kampf gegen organisierte Kriminalität interdisziplinär und international.

Umweltkriminalität ist kein Kavaliersdelikt. Millionenschwere illegale Müllentsorgung, die Verschmutzung von Gewässern oder der Handel mit toxischen Abfällen sind hochkriminelle, oft organisierte Machenschaften, die uns alle schaden und nachfolgende Generationen belasten. Die neu geschaffene Schwerpunktstaatsanwaltschaft Umweltkriminalität und die Vernetzungsstelle beim Landeskriminalamt wollen wir weiter ausbauen. Jede*r zusätzliche*r Ermittler*in rechnet sich für den Staatshaushalt um ein Vielfaches, weil Bußgelder und Gewinnabschöpfung das investierte Geld direkt an die Gesellschaft zurückgeben.

Die konsequente Aufklärung des Cum-Ex-Steuerraubs bleibt eine Aufgabe von besonderer Bedeutung für die Strafverfolgung und Justiz in ganz Deutschland. In der bundesweit einmaligen Spezialeinheit Cum-Ex bei der Staatsanwaltschaft Köln arbeiten so viele Staatsanwält*innen wie nirgendwo sonst an der strafrechtlichen Aufarbeitung. Die Spezialeinheit in Köln werden wir weiterhin unterstützen. Wir stellen eine enge Vernetzung aller beteiligten Stellen im Land und im Bund und der Spezialeinheit in Köln sicher.

Kinder- und Jugendkriminalität früh begegnen

Die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen in NRW wächst auf, ohne Straftaten zu begehen. Für eine weitere Gruppe bleibt kriminelles Verhalten eine einmalige Episode in ihrer Entwicklung. Nur wenige Kinder und Jugendliche begehen mehrfach Straftaten. In diesen Fällen braucht es klare Reaktionen. Gerade in jungen Jahren ist es entscheidend, dass sich kriminelle Karrieren nicht verfestigen und ein Ausstieg gelingt. Wir wollen deshalb Konsequenzen und Prävention zusammendenken. Dazu müssen Schule, Jugendhilfe, Polizei und Justiz enger und verbindlicher zusammenarbeiten. Prävention muss dort ansetzen, wo

Probleme entstehen. Straffällige junge Menschen müssen Verantwortung für ihre Taten übernehmen, gleichzeitig muss ihnen eine reale Chance auf einen Ausstieg gegeben werden. Insbesondere bei jungen Intensivtäter*innen wollen wir früh reagieren, bevor sich Kriminalität verfestigt. Das Programm “Kurve kriegen”, das an diesen Punkten ansetzt, wollen wir deshalb gemeinsam mit den Trägern ausbauen.

In acht Häusern des Jugendrechts arbeiten Polizei, Staatsanwaltschaft und Jugendhilfe bereits eng zusammen, um straffällig gewordenen jungen Menschen eine Perspektive für ein straffreies Leben zu eröffnen. Wir wollen flächendeckend in NRW solche Häuser für das Jugendrecht einrichten.

Für eine moderne Jurist*innenausbildung

Ein leistungsfähiger Rechtsstaat braucht exzellente Jurist*innen. Wir wollen eine grundlegende Reform der Jurist*innenausbildung. Wir wollen ein Studium, das für alle zugänglich ist und Jurist*innen hervorbringt, die fachlich gut ausgebildet sind. Dazu gehört auch ein kritischer Blick auf gesellschaftliche Zusammenhänge, denn Recht gestaltet Gesellschaft und Gesellschaft gestaltet Recht.

Mit dem integrierten Bachelor und der Digitalisierung des Landesjustizprüfungsamtes haben wir in NRW bereits wichtige Reformen auf den Weg gebracht. Darauf bauen wir auf. Studierende sollen ihr Können frei von Existenzängsten abrufen können. Dafür ermöglichen wir das Aufteilen von Prüfungsleistungen und bauen Kosten ab. Das E-Examen vollenden wir. Die Digitalisierung der juristischen Arbeit (Legal Tech) und Praxisbezug verankern wir fest im Studium, ebenso Antidiskriminierung und Diversität, damit Talent und Motivation entscheiden, nicht Herkunft oder Geldbeutel.

Staatsanwaltschaften vor politischer Einflussnahme schützen

Die Wehrhaftigkeit von Rechtsstaat und Demokratie gegen extreme Parteien und Ideologien entscheidet sich auch an einer Stelle, die selten im Blick ist. Anders als Gerichte unterstehen Staatsanwaltschaften der Dienst- und Fachaufsicht der jeweiligen Justizminister*innen. Politisch motivierte Weisungen spielen in der heutigen Praxis kaum eine Rolle. Doch wir müssen den Rechtsstaat auch für den Fall wappnen, dass extreme Parteien Regierungsverantwortung übernehmen. Denn wer ein Justizministerium führt, könnte grundsätzlich auch Einfluss auf staatsanwaltschaftliche Entscheidungen bis hin zu einzelnen Verfahren nehmen. Dieses Einfallstor für politischen Missbrauch wollen wir so weit wie möglich schließen. Wir setzen uns auf Bundesebene für eine Reform des Weisungsrechts nach dem Vorbild der Selbstbindung des Ministeriums der Justiz ein: Verbindliche Absicherung bei Einzelweisungen, Beschränkung auf eng begrenzte Ausnahmefälle und klare Begründungs-, Dokumentations- und Transparenzpflichten.

Wir sorgen für Sicherheit im ganzen Land

Eine starke und professionelle Polizei

Der Polizei kommt in einer liberalen Demokratie eine besondere und verantwortungsvolle Aufgabe zu. Polizeibeamt*innen schützen uns nicht nur vor Kriminalität, sondern gewährleisten, dass Demonstrationen, Kundgebungen, Versammlungen, Sportveranstaltungen und sensible Orte sicher bleiben und sie schützen unsere Demokratie vor ihren Feinden. Jahr für Jahr entscheiden sich Menschen bewusst für den Polizeidienst und verpflichten sich mit ihrem Eid auf das Grundgesetz, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu schützen.

Polizist*innen leisten jeden Tag unter anspruchsvollen Bedingungen unverzichtbare Arbeit für unser Land. Dafür verdienen sie unseren Respekt, unsere Anerkennung und unser Vertrauen. Zugleich gilt: Polizeiliche Arbeit ist dann besonders erfolgreich, wenn Bürger*innen darauf vertrauen können, dass ihre Polizei demokratisch, transparent, offen und nahbar handelt.

Wir wollen, dass alle Menschen Vertrauen in ihre Polizei haben können. Dazu gehören einerseits die klare Anerkennung der täglichen Leistung und der schwierigen Aufgaben von Polizist*innen andererseits aber auch eine transparente Fehlerkultur.

Die Anforderungen an Polizeiarbeit sind in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Neue Kriminalitätsformen, digitale Ermittlungen, gesellschaftliche Konflikte und eine veränderte Sicherheitslage treffen auf einen zunehmenden Fachkräftemangel. Wir wollen deshalb eine resiliente Polizei, die für neue Bedrohungslagen gut gerüstet ist und den Menschen in NRW verlässlich Sicherheit gibt. Angriffe auf Polizist*innen und andere Einsatzkräfte haben zugenommen – das verurteilen wir entschieden. Wer sich für die Sicherheit anderer einsetzt, verdient den Schutz der Gesellschaft.

Wir sorgen für dauerhaft ausreichend Personal und eine moderne, praxistaugliche Ausstattung. Dabei halten wir an den hohen Einstellungszahlen fest, das gilt auch für die Tarifbeschäftigten. Auch bei hohen Einstellungszahlen halten wir an unseren Qualitätsstandards für Ausbildung und Studium fest und stärken dafür das Landesamt für Aus-, Fort- und Weiterbildung der Polizei (LAFP) sowie die Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV). Einsatztraining und regelmäßige Fortbildung bauen wir weiter aus. Gute Führung ist für gute Polizeiarbeit zentral, deshalb fördern wir die Qualifizierung von Führungskräften und schaffen attraktive Fachkarrieren mit besseren Entwicklungsmöglichkeiten innerhalb der Polizei.

Von digitalen Spuren bis zu internationalen Finanzströmen: Die Kriminalpolizei braucht mehr Zeit, Fachwissen und Spezialisierung. Deshalb stärken wir sie personell, bauen Fachkarrieren aus und sorgen für ausreichend spezialisierte Ermittler*innen bei Cybercrime, Organisierter Kriminalität, Finanzkriminalität und sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Frauen. Die Kriminalassistenzen wollen wir nach erfolgreicher Evaluation landesweit verankern. Sie sollen Aufgaben übernehmen, für die nicht zwingend hochqualifizierte Ermittler*innen gebraucht werden.

Die Polizei braucht außerdem leistungsfähige digitale Werkzeuge. Gerade bei komplexen Ermittlungen müssen große Datenmengen ausgewertet und Zusammenhänge erkannt werden können. Sensible staatliche Daten müssen dabei unter staatlicher Kontrolle bleiben. Aus der Analysesoftware Palantir, die weder europäischen Datenschutzstandards noch demokratischer Kontrolle in ausreichendem Maß unterliegt, steigen wir aus und setzen uns für eine bürgerrechtssensible europäische Alternative ein. Beim Einsatz automatisierter Datenanalyse gilt: klare gesetzliche Grundlagen statt Graubereiche, strenge Verhältnismäßigkeit und der Vorrang menschlicher Entscheidung.

Transparente und bürgernahe Polizei

Wir wollen das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei stärken. Mit der Einführung einer unabhängigen Polizeibeauftragten haben wir eine zentrale Forderung umgesetzt. Nun wollen wir die Stelle als feste Institution in NRW etablieren, für angemessene Ausstattung sorgen und ihren Bekanntheitsgrad erhöhen. Sie soll gleichermaßen Anlaufstelle für Bürger*innen wie für Polizeibeamt*innen sein.

Mit einer Kontrollquittung dokumentieren wir polizeiliche Kontrollen auf Wunsch der Betroffenen mit Ort, Zeitpunkt, Rechtsgrundlage und kontrollierender Dienststelle. Die Daten werten wir zudem statistisch aus, um diskriminierende Kontrollmuster frühzeitig zu erkennen und polizeiliches Handeln überprüfbar zu machen.

Wir entwickeln zudem den Einsatz von Bodycams ausgewogen weiter. Desweiteren halten wir an der individualisierten, anonymisierten Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen fest.

Polizeistrukturen modernisieren und Präsenz vor Ort sichern

Nicht jede Spezialaufgabe muss in jeder Kreispolizeibehörde bearbeitet werden können. Gleichzeitig darf eine modernere Struktur nicht dazu führen, dass die Polizei sich aus der Fläche zurückzieht. Wir wollen deshalb Spezialisierung und Bürgernähe miteinander verbinden und eine Polizeistrukturreform schnellstmöglich auf den Weg bringen.

Wir entwickeln die Bezirksdienste zu modernen Quartiersdiensten weiter. Bezirksbeamt*innen sollen als feste Ansprechpartner*innen für die Menschen vor Ort präsent sein, lokale Akteur*innen, Schulen, Vereine und soziale Einrichtungen vernetzen und neben der Gefahrenabwehr stärker auf Prävention, Konfliktvermittlung und die Lösung lokaler Sicherheitsprobleme setzen. Dieses Prinzip übertragen wir auch auf die digitalen Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen: Digitale Bezirksbeamt*innen sollen auf relevanten Plattformen und in digitalen Räumen ansprechbar sein, Präventionsarbeit leisten, Fragen beantworten und bei Bedarf an geeignete Beratungs- und Unterstützungsangebote weitervermitteln.

Für den Kommunalen Ordnungsdienst schaffen wir verbindliche landesweite Ausbildungsstandards. Einheitliche Mindeststandards für Ordnungs- und Polizeirecht, Eingriffs- und Befugnisrecht, Kommunikation und Deeskalation, Einsatztraining sowie den Umgang mit psychischen Ausnahmesituationen sorgen für

eine vergleichbare Qualifikation und mehr Handlungssicherheit. So stärken wir die Professionalität und Bürgernähe des Kommunalen Ordnungsdienstes in ganz NRW.

Rassismus und Diskriminierung mit der Polizei entgegenwirken

Die große Mehrheit der Polizist*innen in NRW steht fest auf dem Boden unserer Verfassung, schützt sie gegen ihre Feinde und leistet jeden Tag professionelle Arbeit für die Menschen in unserem Land. Gerade weil die Polizei das staatliche Gewaltmonopol ausübt, müssen sich alle Menschen darauf verlassen können, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe oder Religion fair und respektvoll behandelt zu werden. Zu oft gehört es zur Erfahrung von Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie schneller in polizeiliche Kontrollen oder Maßnahmen geraten als andere. Rassismus und Diskriminierung haben in der Polizei keinen Platz. Wir wollen professionelles Handeln stärken, Probleme ernst nehmen und dort konsequent reagieren, wo Grenzen überschritten werden.

Wir verankern die Auseinandersetzung mit Rassismus, Diskriminierung und unbewussten Vorurteilen weiterhin fest in die Aus- und Fortbildung aller Polizeikräfte. Die sogenannte Alltagsreflexion für Polizeikräfte mit Bürger*innenkontakt wollen wir weiterentwickeln und stärker in den polizeilichen Alltag integrieren. Wir fördern den regelmäßigen Austausch zwischen Polizei und unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen. Vertrauen entsteht dort, wo man miteinander spricht und die Perspektive des Gegenübers kennt.

Polizeibeamt*innen müssen häufig innerhalb weniger Sekunden schwierige Entscheidungen treffen. Besonders Einsätze mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen stellen hohe Anforderungen an sie und können schnell eskalieren. Wir wollen die Polizei dafür besser vorbereiten und gleichzeitig dafür sorgen, dass medizinische und psychosoziale Hilfe schneller verfügbar ist. Dafür bringen wir den Ausbau des Einsatztrainings der Polizei NRW mit Fokus auf Deeskalation und den Umgang mit Menschen in psychischen Ausnahmesituationen weiter voran. Wir wollen regionale Netzwerke zwischen Polizei, psychiatrischer Versorgung, Medizin und psychosozialen Hilfen. Die Polizei soll dort entlastet werden, wo eigentlich gesundheitliche oder psychosoziale Hilfe gebraucht wird.

Polizeieinsätze, bei denen Menschen getötet oder lebensgefährlich verletzt werden, müssen unabhängig untersucht werden. Deshalb ist es unser Ziel, dass die Ermittlungen künftig von einer nicht benachbarten Kreispolizeibehörde geführt werden.

Unsere Demokratie gegen Rechtsextremismus und neue Bedrohungen schützen

Rechtsextremismus ist die größte Bedrohung für unsere Demokratie. Gleichzeitig haben sich die Bedrohungslagen verändert: Islamismus, Spionage, Cyberangriffe, hybride Einflussnahme, digitale Radikalisierung und Linksextremismus in Form von Sabotage – all dies oft durch fremde Länder gesteuert – stellen unsere Sicherheitsbehörden vor neue Aufgaben. Wir wollen einen Staat, der diese Entwicklungen früh erkennt und handlungsfähig bleibt.

Rechtsextreme Netzwerke und Strukturen verfolgen wir mit Nachdruck. Dabei nehmen wir Finanzströme, digitale Radikalisierung und neue Tätertypen stärker in den

Blick als bisher. Sicherheitsbehörden und Zivilgesellschaft müssen bei Prävention und Früherkennung enger zusammenarbeiten, denn Extremismus wird oft zuerst dort sichtbar, wo Menschen ihn im Alltag erleben, nicht erst in den Akten der Behörden. Auch innerhalb der Polizei selbst setzen wir weiterhin auf Prävention, Extremismusbeauftragte und niedrigschwellige Meldewege, damit rechtsextreme Tendenzen frühzeitig erkannt und geahndet werden.

Der Verfassungsschutz muss ebenfalls auf neue Bedrohungslagen vorbereitet sein. Wo sich Bedrohungslagen verändern, müssen Sicherheitsbehörden handlungsfähig bleiben. Neue oder weitergehende Befugnisse müssen dabei aber immer mit klaren gesetzlichen Grenzen und starker Kontrolle verbunden sein. Deshalb stärken wir die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes fachlich und bauen sie weiter aus. Eingriffsbefugnisse überprüfen wir regelmäßig darauf, ob sie notwendig, verhältnismäßig und wirksam sind.

Auslandsbezogene, rechtsextreme Ideologien gefährden ebenso unsere Demokratie und unser vielfältiges Zusammenleben. Ihre Anhänger*innen organisieren Vereinsstrukturen, verbreiten ihre Ideologie über das Netz und rekrutieren in unterschiedlichen Räumen neue Anhänger*innen. Wir wollen die Arbeit gegen ihre Ideologie interdisziplinär stärken. Dazu zählt, dass wir nicht nur die gesellschaftliche Auseinandersetzung fördern, sondern auch Lehrstühle, Fach- und Anlaufstellen stärken und Fachkräfte, etwa aus Polizei und Verfassungsschutz, sensibilisieren wollen.

Der transnationalen Repression sagen wir den Kampf an der Seite demokratischer Stimmen in der Diaspora an. Wir wollen politisch Verfolgte, die bei uns eine neue Heimat gefunden haben, vor der Spionage ausländischer Geheimdienste, ihrer Aktivitäten und Einschüchterungen besser schützen. Dafür wollen wir auch die Expertise von Diasporagesellschaften stärker in behördliche Aufklärungsarbeit einbeziehen.

Sicherheitspolitik auf belastbare Erkenntnisse stützen

Gute Sicherheitspolitik darf nicht danach entschieden werden, welcher Einzelfall gerade die größte Aufmerksamkeit bekommt oder gar, welche Nationalität die oder der Täter*in hat. Wir wollen genauer wissen, welche Kriminalitätsentwicklungen tatsächlich stattfinden, welche Ursachen dahinter stehen und welche Maßnahmen wirken. Dafür führen wir einen periodischen Sicherheitsbericht ein, der neben der Polizeilichen Kriminalstatistik auch das Dunkelfeld, Viktimisierung, Strafverfolgungsverläufe und das Sicherheitsgefühl der Menschen einbezieht. Ebenso wollen wir die Herkunftsnennung beenden, dort wo sie unnötige Stigmatisierung von Menschen mit Migrationshintergrund schafft. Unabhängige Wissenschaft binden wir dabei stärker ein, und neue Maßnahmen und Befugnisse überprüfen wir regelmäßig auf ihre tatsächliche Wirkung.

Katastrophenschutz als zentrale Aufgabe des Landes stärken

Sabotage, Cyberangriffe, Hochwasser, Hitzewellen, Waldbrände und Stromausfälle zeigen: Katastrophenschutz ist längst mehr als die Reaktion auf einzelne Naturereignisse. Wir brauchen Strukturen, die Risiken früh erkennen, Fähigkeiten planen und Kommunen im Ernstfall unterstützen. Deshalb bauen wir den Katastrophenschutz konsequent weiter aus. Zur weiteren Stärkung des

Katastrophenschutzes bündeln wir Kompetenzen, Planung und operative Unterstützung in einem Landesamt für Katastrophenschutz. Es stärkt die Zusammenarbeit mit den Kommunen und verbessert die Vorbereitung auf Krisen wie Hochwasser, Waldbrände oder großflächige Stromausfälle. Wir entwickeln die Katastrophenschutzbedarfsplanung verbindlich weiter, erfassen Risiken, vorhandene Fähigkeiten und Lücken nach einheitlichen Maßstäben und schaffen ein belastbares, landesweites Lagebild mit klaren Zuständigkeiten bei überregionalen Krisen. So erhöhen wir die Resilienz unseres Landes und sorgen für schnellere Hilfe im Ernstfall.

Ein handlungsfähiger Katastrophenschutz und eine gut vorbereitete Bevölkerung gehören zusammen. Menschen, die wissen, wie sie sich in einer Krise verhalten können, überbrücken die Zeit bis zum Eintreffen professioneller Hilfe besser und entlasten die Einsatzkräfte. Das entbindet den Staat aber nicht von seiner Verantwortung. Deshalb sorgen wir dafür, dass Informationen zur Krisenvorsorge verständlich und niedrigschwellig zugänglich sind und die Menschen wissen, wie Warnungen funktionieren und wie sie sich bei Stromausfällen, Hochwasser oder anderen Krisen richtig verhalten. Auch in Schulen und Kommunen wollen wir Krisenvorsorge stärker vermitteln. Die spontane Hilfsbereitschaft vieler Menschen wollen wir besser vorbereiten und in bestehende Einsatzstrukturen einbinden. Denn klar ist: Selbsthilfefähigkeit ergänzt einen starken Katastrophenschutz, aber sie ersetzt ihn nicht.

Einen krisenfesten Staat aufbauen – auch gegen Sabotage und hybride Bedrohungen

Menschen müssen sich darauf verlassen können, dass der Staat erreichbar und handlungsfähig bleibt, wenn Strom, Kommunikation oder digitale Systeme ausfallen – sei es durch Naturereignisse, Cyberangriffe oder gezielte Sabotage. Deshalb bauen wir eine krisenfeste Infrastruktur auf: ausfallsichere Rechenzentren, redundante Kommunikationswege, geschützte Datenzugänge, Notstromversorgung und klare Notfallstrukturen für Verwaltung, Polizei, Justiz, Katastrophenschutz und kritische Landesaufgaben. Kritische Daten und Systeme müssen auch in Krisen verfügbar bleiben; sicherheitsrelevante Daten werden dabei nicht veröffentlicht. Für Kriegs- und Katastrophenlagen sowie großflächige Cyberangriffe benötigen wir verbindliche Szenarienplanungen, regelmäßige Stresstests, regelmäßige Aus- und Fortbildung von Krisenstäben und ressortübergreifende Übungen, damit Landesbehörden auch bei Stromausfällen, Angriffen auf Netze oder gestörter Kommunikation handlungsfähig bleiben. Bestehende Notfall- und Krisenstrukturen überprüfen und modernisieren wir und statten sie technisch so aus, dass der Staat auch im Ernstfall erreichbar, entscheidungsfähig und arbeitsfähig bleibt. Dabei unterstützt das Land insbesondere kleinere Kommunen, die spezielle Fähigkeiten nicht dauerhaft selbst vorhalten können.

Strom, Wasser, Telekommunikation und Gesundheitsversorgung müssen auch in einer veränderten Sicherheitslage funktionieren. Der Schutz kritischer Infrastrukturen ist deshalb eine zentrale Sicherheitsaufgabe. Wir bündeln die ressortübergreifende Koordinierung des KRITIS-Schutzes, also des Schutzes kritischer Infrastrukturen, und bauen die vorhandenen Strukturen zu einer leistungsfähigen zentralen Stelle aus. Mit einer regelmäßigen Betreiberkonferenz bewerten Land, Kommunen, Sicherheitsbehörden und Betreiber gemeinsam Bedrohungen, Schutzbedarfe und Unterstützungsbedarf. Für besonders gefährdete

und versorgungsrelevante Anlagen wie Umspannwerke, entwickeln wir abgestufte Schutzkonzepte, bei erhöhter Gefährdung auch mit zeitweisem personellem Schutz. Auch schaffen wir klare rechtliche Voraussetzungen für den gezielten Einsatz moderner Video- und Sensorsysteme sowie für Drohnendetektion und -abwehr im Umfeld besonders gefährdeter Anlagen. Beim Bund setzen wir uns dafür ein, dass Mittel für Bevölkerungsschutz und Resilienz tatsächlich bei Ländern und Kommunen ankommen und fordern klare Zuständigkeiten zwischen Bund, Land, Kommunen und Betreibern.

Feuerwehren bestmöglich ausstatten und ausbilden

Die Feuerwehren tragen jeden Tag Verantwortung für die Sicherheit der Menschen in NRW. Wir wollen, dass die Feuerwehren insgesamt gut ausgebildet und gut ausgestattet sind. Die Klimakrise verändert außerdem ihre Arbeit spürbar: Einsätze bei Wald- und Vegetationsbränden, bei Starkregen oder Hochwasser werden häufiger und anspruchsvoller. Wer neue Aufgaben wie diese bewältigen soll, braucht dafür die richtige Technik: Wir sorgen für moderne Fahrzeuge und zeitgemäße persönliche Schutzausrüstung. Spezialtechnik, wie Drohnen oder digitale Lageführung, gehört für uns zu einer modernen Feuerwehr, ebenso wie weitere Investitionen in Gerätehäuser und Infrastruktur. Weil sich Waldbrände nicht an Zuständigkeitsgrenzen halten, arbeiten Feuerwehr, Forst, Landwirtschaft und Kommunen enger zusammen als bisher.

Eine gute Ausstattung braucht auch eine gute Ausbildung: Wir stärken das Institut der Feuerwehr und bauen Ausbildungskapazitäten aus. Wartezeiten bei Lehrgängen sollen weiter sinken. Neue Einsatzlagen verankern wir stärker in Aus- und Fortbildung und legen weiterhin einen besonderen Schwerpunkt auf die Führungskräfteausbildung.

Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz

Ohne die mehr als 100.000 ehrenamtlichen Einsatzkräfte in Freiwilliger Feuerwehr, Hilfsorganisationen und Technischem Hilfswerk wäre der Katastrophenschutz in NRW nicht aufrechtzuerhalten. Dafür haben sie unsere bestmögliche Unterstützung verdient. Wir sorgen dafür, dass sie die fundierte Ausbildung erhalten, die im Ernstfall nötig ist, denn wenn jede Minute zählt, entscheiden eingespielte Strukturen und gut ausgebildete Einsatzkräfte über Menschenleben. Damit sich Ausbildung, Übungen und Einsätze leichter mit Beruf und Familie vereinbaren lassen, vereinfachen wir Freistellungsregelungen und schaffen echte Anreize fürs Engagement, statt finanzielle oder berufliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Es darf keinen Unterschied machen, in welchem Bereich jemand sich engagiert: Alle ehrenamtlichen Einsatzkräfte stellen wir rechtlich gleich, unabhängig davon, ob sie bei der Freiwilligen Feuerwehr oder einer Hilfsorganisation aktiv sind. Dies gilt insbesondere bei Freistellung, Verdienstausfall und sozialer Absicherung. Diese Gleichstellung muss auch vor Ort in den Kommunen gelebt werden.

Hilfsorganisationen beziehen wir verlässlich in die Katastrophenschutzplanung ein und geben ihnen Planungssicherheit bei Ausstattung und Fahrzeugen. Ihr

Finanzierungssystem überprüfen wir grundlegend und entwickeln es so weiter, dass notwendige Strukturen dauerhaft vorgehalten werden können.